

Position des BDS Bayern zur Verschuldung des Staates

Stand: Februar 2010

Agenda / Thesen

1. Die Staatsverschuldung ufert aus
2. Ein langer politischer Atem ist unverzichtbar
3. Es gibt keine Alternative zur Haushaltsdisziplin
4. Der Staat darf nie ein Unternehmer sein
5. Bürokratie ist das Misstrauen des Staates in seine Bürger
6. Die Verantwortlichen dürfen sich nicht entziehen
7. Lohngeschenke ohne Substanz sind Strohfeuer
8. Staatliche Impulse müssen den Markt erreichen
9. Subventionen sind eine Sondermaßnahme oder ein Irrweg

1. Die Staatsverschuldung ufert aus

Die Staatsverschuldung beträgt 80 Prozent des BIP. Rechnet man die mittelbaren Haushalte hinzu, so steigt dieser Wert auf 250 Prozent an. Bund, Länder und Gemeinden haben fast ausnahmslos ihre finanziellen Handlungsspielräume verloren. Der Schuldendienst, die Personal- und Sozialaufwendungen drücken die staatlichen Investitionsquoten oftmals auf unter 10 Prozent. Sondereffekte aus Privatisierungserlösen versiegen, die Schuldenaufnahme steigt – über die europäischen und nationalen Grenzwerte hinaus. Es zeichnet sich ein allen Experten bekanntes bedrohliches Bild.

In diese Tristesse hinein erschüttert ein finanzpolitisches Erdbeben den ansonsten so sparsamen Freistaat. Die Trennung der BayernLB von der HGAA. Ein Betrag von unfassbaren 3,7 Mrd. Euro ist unwiederbringlich verloren. Und fast alle Experten erachten diese Trennung dennoch für richtig. Aktuelle Medienberichten zu Folge wird dieses Ende mit Schrecken allerdings nicht ausreichen, um den Freistaat in den schwarzen Zahlen zu halten. Ab 2011 erwartet das Bayerische Staatsministerium der Finanzen eine jährliche Kreditaufnahme in Milliardenhöhe.

2. Ein langer politischer Atem ist unverzichtbar

Wie kann, wie muss der Staat auf diese Situation reagieren? Mit Sicherheit nicht, indem er Klientelpolitik betreibt, durch Begünstigung einzelner Berufsgruppen, Branchen, Lebenssituationen. Auch nicht, indem er nur bis zum Ende der nächsten Legislaturperiode denkt und handelt, was nicht einfach und mit einem enormen Kommunikations- und Erklärungsaufwand verbunden ist. Doch die Menschen in unserem Land haben die Situation längst erkannt, wie unsere Umfrage bestätigt. Politischer wie persönlicher Mut ist für diesen Weg unverzichtbar.

3. Es gibt keine Alternative zur Haushaltsdisziplin

Wenn wir einen rasanten Anstieg von Steuern, Gebühren und Abgaben, ein massives Eindampfen der sozialen Sicherungssysteme und eine weitere Erosion der staatlichen Investitionsquote verhindern wollen, dann muss der Staat auf allen Ebenen damit beginnen, die bereits vereinbarte Schuldenbremse zu leben. Nicht, indem er Wachstum verhindert, aber doch, indem er beginnt, bisherige Tabus zu brechen.

4. Der Staat darf nie ein Unternehmer sein

Die individuelle Verantwortung jedes einzelnen lässt sich nicht an den Staat delegieren. Doch genau dies ist in den letzten 40 Jahren vermehrt geschehen, mit der Folge, dass die Staatsquote – und damit auch die Ausgaben – stetig gewachsen ist. Der Staat ist nicht in der Lage, eine Unternehmensinsolvenz der Art und Form von Quelle zu verhindern. Es darf sich erst gar nicht mehr die Frage stellen, ob der Staat in solchen Fällen eingreift oder nicht. Im Kern nicht wettbewerbsfähige Unternehmen müssen nicht erst seit den Lehren Schumpeters insolvent gehen

damit Neues entstehen kann. Auch darf sich künftig die Frage nicht mehr stellen, ob sich eine staatliche Bank bei einer ausländischen Geschäftsbank engagiert oder nicht. Das sind zwei konkrete Beispiele aus der Wirtschaft – die Liste ließe sich in vielen anderen Bereichen fortführen.

5. Bürokratie ist das Misstrauen des Staates in seine Bürger

Unmittelbar mit der ausufernden Staatsquote verbunden ist das Anwachsen staatlicher Bürokratie. Die Henzler-Kommission hat den Ball weit ins Feld gespielt. Dort liegt er, von vielen vergessen. Mit keinem Politikfeld sind laut unserem aktuellen Stimmungstest die bayerischen Unternehmer und Selbständigen so unzufrieden wie mit dem bisherigen Abbau staatlicher Bürokratie. Bürokratie senken stellt primär einen Verlust staatlicher Macht dar. Der Abbau von Bürokratie entlässt die Bürger und Unternehmen in die individuelle Freiheit und Verantwortung. Vermittelt die Politik den dafür nötigen Mut, auch in die Verwaltung hinein, dann kann dieser Schritt gelingen. Bürokratieabbau ist nicht nur der „Kleinkrieg“ gegen Auflagen und Vorschriften. Bürokratieabbau ist in dieser Interpretation auch der Weg hinein in ein neues (oder altes) Persönlichkeitsbild. Das zu vermitteln ist die Aufgabe der Schulen, Hochschulen und Universitäten. Im letzten Jahr hat die Stiftung Bildungspakt Bayern erstmals den von uns initiierten und finanzierten „Selbständigen i.s.i.“ Preis an die Schule verliehen, der es am besten gelungen ist, ihre Schüler zur Selbständigkeit zu erziehen. Beispiele wie diese brauchen wir nötiger denn je.

6. Die Verantwortlichen dürfen sich nicht entziehen

Das Vertrauen der Bürger in den Staat wird erst dann wieder wachsen, wenn er entschlossen handelt, gegen die Verursacher der aktuellen Krise, die noch lange nicht durchschritten ist. Laut BDS-Stimmungstest haben bereits heute 28 Prozent aller Mittelständler Probleme mit ihrer Hausbank. Der Verursacher der aktuellen Krise ist der Finanzsektor, zwar nicht pauschal, doch unbestritten. Knapp eineinhalb Jahre nach dem Zusammenbruch von Lehmann Brothers macht die Deutsche Bank wieder Rekordgewinne im Investmentbanking. Bonuszahlungen für, laut Stiftung Warentest, meist schlechte bis mangelhafte Beratungsleistungen der Banken gehören wieder der Tagesordnung an. Der Staat hat einen Rettungsschirm über die Banken gespannt, diese selbst entziehen sich, ähnlich wie die Ratingagenturen, ihrer finanziellen Verantwortung. Als mittelständischer Unternehmerverband sehen wir Steuern als ungeliebtes, wenn auch im erforderlichen Rahmen notwendiges Instrument an, um die öffentliche Grundversorgung sichern zu können. Eine Steuer auf Bonuszahlungen, wie in England nun beschlossen, dient zwar nicht diesem Zweck, doch schafft sie neues Vertrauen der Bürger und erhöht den Druck auf eine Reform der Strukturen in den Banken. Sich ernsthaft mit der Verantwortung der Banken zu beschäftigen, ist aus unserer Sicht sinnvoll, wenn dem Finanzsektor in vielen Bereichen die innere Reformkraft zu fehlen scheint. Selbst die USA scheint in dieser Richtung einen politischen Kurswechsel zu vollziehen.

7. Lohngeschenke ohne Substanz sind Strohfeuer

Die hohe Staatsquote erzeugt nicht nur Bürokratie, sie erfordert auch Personal. Rund die Hälfte des bayerischen Haushaltes fließt in diesen Bereich. Auch hier müssen Tabus auf den Prüfstand. Wer wie die Gewerkschaften die Binnennachfrage durch höhere Bezüge der Staatsbediensteten ankurbeln möchte, der vergisst, dass jedem Lohnzuwachs auch eine Produktivitätssteigerung zu Grunde liegen muss – sonst wird der Nachfrageeffekt zu einer schuldenfinanzierten Luftblase und damit zu einem Wechsel auf die Zukunft. Die Relation aus Lohnentwicklung und Produktivität muss wieder in den Mittelpunkt der Tarifpolitik rücken.

8. Staatliche Impulse müssen den Markt erreichen

Die Neuverschuldung des Bundes wird 2010 ein neues Rekordniveau erreichen. Die Folgen der noch lange nicht ausgestandenen Finanz- und Wirtschaftskrise erreichen die öffentlichen Haushalte im Bund, den Ländern und in den Kommunen nun mit voller Wucht. Die Steuereinnahmen sinken, die Ausgaben – besonders im sozialen Bereich – nehmen dramatisch zu. Die ohnehin nicht geschlossene Schere geht noch weiter auf – so weit wie noch nie. In diese Entwicklung hinein hat die neue Bundesregierung das Wachstumsbeschleunigungsgesetz auf den Weg gebracht, das wir grundsätzlich befürworten. Trotzdem sehen wir in manchen Bereichen die Gefahr, dass dessen Wirkungen verpuffen könnten. Beispielgebend sprechen wir die Anhebung des Kinderfreibetrags an. Gut bzw. besser verdienende Eltern werden das finanzielle Mehr in der Tasche nur dann konsumieren bzw. investieren, wenn sie wieder Vertrauen in den Staat und in die wirtschaftliche Entwicklung gefasst haben – sonst landet das Geld auf der hohen Kante. Zudem hat unser Stimmungstest gezeigt, dass einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf, beispielsweise über bedarfsgerechte Kinderbetreuungseinrichtungen, ein deutlich höherer Stellenwert beigemessen wird.

9. Subventionen sind eine Sondermaßnahme oder ein Irrweg

Eine aktuelle Studie des BDI u. a. hat gezeigt, dass sich die meisten Unternehmer einen Abbau von Subventionen zur Verringerung des Haushaltsdefizits wünschen. Eine Subvention – ob nun direkt oder über Steuervergünstigungen – ist nur dann sinnvoll, wenn sie in einer Ausnahmesituation für eine begrenzte Zeit gewährt wird, um ein Marktversagen verhindern zu können. Der zwar aus wettbewerblichen Aspekten heraus fast schon erzwungene reduzierte Mehrwertsteuersatz von sieben Prozent für das Beherbergungsgewerbe erfüllt diese Kriterien nicht, weil er an den Symptomen der Branchenprobleme und nicht an deren Ursachen ansetzt.

Der Tourismus hat nicht den branchenübergreifenden Stellenwert in unserem Land, der ihm eigentlich zukommt. Eine halbe Million Menschen verdienen dort ihr Geld. Aus der fehlenden Wertschätzung heraus leitet sich ein ganzes Bündel von Fehlentwicklungen ab, so beispielsweise die Vorstellung, den öffentlich-rechtlichen Rundfunk über den Tourismus quasi querfinanzieren zu können. Jeder Mensch kann gleichzeitig nur einmal Fernsehen oder Radio hören. Daher muss die gerätebezogene GEZ-Gebühr durch eine personen- oder standortbezogene Rundfunkgebühr abgelöst werden. Eine Forderung, der sich unsere Mitglieder im aktuellen Stimmungstest mit deutlicher Mehrheit angeschlossen haben.

Bund der Selbständigen – Gewerbeverband Bayern e.V. (BDS Bayern)

Kontakt: Thomas Schörg (Stellv. Hauptgeschäftsführer)

Schwanthalerstraße 110 ● 80339 München ● Tel. 0 89/ 54 05 60 ● Fax 0 89 / 5 02 64 93

e-Mail info@bds-bayern.de ● www.bds-bayern.de